

Objektyp: **FrontMatter**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **36 (1957)**

Heft 12

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

J. W. BRUEGEL

Nationalisierungsdebatte in England

Das Kernstück des Programms der nächsten Arbeiterregierung, also des Programms, mit dem Labour bei Parlamentswahlen vor das Volk treten will, ist die Haltung der Arbeiterpartei zur Frage weiterer Nationalisierungen und zur Organisation der bereits in Gemeinbesitz überführten Industrien. Hier war und ist man sich insoweit einig, als die ganze Arbeiterbewegung den Sektor der Gemeinwirtschaft erweitert sehen will. Über diesen allgemeinen Grundsatz hinaus konnte man in den letzten Jahren im Schoße der Arbeiterpartei die verschiedensten Auffassungen hören. Es wäre unnatürlich, wenn es in einer demokratischen Gemeinschaft mit 6,5 Millionen Mitgliedern und 12 Millionen Wählern über ein Problem, das tief in das Leben des einzelnen eingreift, nur eine einzige Meinung gäbe. Vorweg sei auch gesagt, daß durch zweierlei Erfahrungen der letzten Jahrzehnte das ganze Problem zwar nicht an Bedeutung, aber an Dringlichkeit verloren hat. Es ist nicht die oft behauptete «Enttäuschung» der Arbeiter mit den Nationalisierungsaktionen der Labourregierung von 1945 bis 1951, die da und dort den Wunsch nach einer Fortsetzung, wie es mindestens schien oder wie es interessierte Kreise darzustellen beliebten, erschlaffen ließ. «Enttäuscht» ist höchstens eine winzige Minderheit, die glaubte, alle Schwierigkeiten würden überwunden sein, sobald die privaten Aktienbesitzer verschwinden. Alle andern sind sich dessen bewußt, daß sowohl von einem rein gewerkschaftlichen Standpunkt der Verteidigung und Verbesserung der Stellung der Arbeitnehmer als auch von allgemein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gesehen die Nationalisierung ein voller Erfolg war, der Ausdehnung in weitere Bezirke rechtfertigt.

Eines der beiden Momente, die eine etwas nüchterne Haltung zum Nationalisierungsproblem herbeigeführt haben, ist der Umstand, daß die Regierung Attlee auf diesem Gebiet sozusagen alles getan hat, was dringend und unaufschiebbar schien. Ihre Verstaatlichungsaktionen — Notenbank, Kohle mit Gas und Elektrizität, Verkehr, Eisen- und Stahlproduktion — verkörperten ein einheitliches Ganzes, und es wäre nicht einfach, eine neue Liste nationalisierungsreifer Wirtschaftszweige zusammenzustellen, die eine ähn-